CDU streitet über Beiträge für Rundfunk

Kieler Nachrichten, 25.08.2020

KIEL. In der Medienpolitik geht der frühere Fraktions- und Landesparteichef der Landes-CDU, Christian von Boetticher, auf Konfrontationskurs zur eigenen Partei. Als Vorsitzender des Wirtschaftsrates der Nord-CDU forderte er gestern den Landtag auf, den vorliegenden Länderstaatsvertrag zur Erhöhung des Rundfunkbeitrages abzulehnen. „Wir schätzen unseren öffentlich-rechtlichen Rundfunk sehr, halten jedoch den Vorschlag für dessen Entwicklung in der Zukunft nicht für zielführend mit Blick auf den zunehmenden Wettbewerb im internationalen Informationsmarkt", erläuterte von Boetticher. „Wir empfehlen deshalb die Ablehnung und eine Neuverhandlung."

Vorgesehen ist eine Erhöhung des Rundfunkbeitrags von 17,50 Euro auf 18,36 Euro. Die Ministerpräsidenten inklusive des Kieler Regierungschefs Daniel Günther (CDU) haben den entsprechenden Staatsvertrag unterschrieben. Jetzt müssen noch die Länderparlamente zustimmen, damit die Erhöhung in Kraft treten kann. Der Landtag in Kiel soll am Freitag entscheiden. Die CDU im Landtag will der Aufforderung ihres früheren Vorsitzenden von Boetticher nicht folgen. Die Fraktion werde der Beitragserhöhung zustimmen, teilte ein Sprecher mit. Aus Sicht von Boettichers sollten die Länderparlamente höchste Maßstäbe an eine Erhöhung des Beitrags legen.